

CDU

## **Die Christlich Demokratische Union Deutschlands: die erfolgreichste Volkspartei unserer Geschichte**

### **Inhalt**

- 1. Die Wurzeln der CDU**
- 2. Die Gründung der Bundespartei 1950**
- 3. Die „Kanzlerpartei“**
- 4. Die CDU in der Opposition**
- 5. Moderne Volkspartei**
- 6. Wieder Regierungspartei**
- 7. Die deutsche Einheit**
- 8. Die CDU in den 90er Jahren**
- 9. Die CDU seit 1998**
- 10. Führungswechsel**
- 11. Perspektiven für das 21. Jahrhundert**

### **1. Die Wurzeln der CDU**

Die Christlich Demokratische Union wurde im Juni 1945 gegründet. Bereits sieben Wochen nach Kriegsende, am 26. Juni 1945, veröffentlichte der Gründerkreis in der Hauptstadt Berlin unter Andreas Hermes einen Aufruf zur Sammlung christlicher, sozialer und demokratischer Kräfte und prägte den Namen „CDU“.

Zur gleichen Zeit fiel in Köln und im Rheinland (britische Zone) die Entscheidung für die Gründung einer christlich demokratischen Partei (CDP). Nunmehr entstanden überall in Deutschland – zwischen Kiel und Konstanz, zwischen Dresden und Aachen – ähnliche Gruppierungen. Auf Vorschlag von Andreas Hermes kam es vom 14. bis 16. Dezember 1945 in Bad Godesberg zum großen „Reichstreffen“. Die Teilnehmer, zumeist aus dem Rheinland und Westfalen, entschieden, die neue Partei entsprechend dem Berliner Vorschlag, für alle verbindlich „Christlich Demokratische Union Deutschlands“ zu nennen. Nur die bayerischen Vertreter hielten am Namen „Christlich Soziale Union“ fest.

Die Initiatoren der CDU waren zumeist ehemalige Mitglieder der 1933 aufgelösten christlichen Parteien, christlichen Gewerkschaften, Mitglieder der Bekennenden Kirche sowie antinationalsozialistisch eingestellte Anhänger liberaler und konservativer „Weimarer“ Parteigruppierungen. Das erklärte Ziel der Gründer bestand darin, über konfessionelle Grenzen, soziale Schichten und landsmannschaftliche Unterschiede hinweg Brücken zu bauen. Nicht zuletzt ging es darum, ein Zeichen gegen die Parteienzersplitterung zu setzen, die zum Untergang der Weimarer Republik beigetragen hatte.

Die Grundsätze des christlichen Staats- und Gesellschaftsverständnisses gaben der CDU nach der Katastrophe des Nationalsozialismus eine geistig-moralische Orientierung für den Neuanfang, um das staatliche Leben auf christlicher, demokratischer und föderaler

Grundlage wieder aufzubauen. Dabei spiegelte insbesondere der Begriff „Union“ den festen Willen wider, der politischen Mitte in Deutschland eine stabile Grundlage auf der Basis von gemeinsamen Grundwerten und Überzeugungen zu geben. Bis zum Frühjahr 1946 war die Phase der Neugründung in allen vier Besatzungszonen abgeschlossen.

## **2. Die Gründung der Bundespartei 1950**

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland fand am 14. August 1949 die erste Bundestagswahl statt. Dass Adenauer während des Wahlkampfes konsequent auf einen Kurs der politischen Mitte gesetzt hatte, zahlte sich aus: CDU und CSU holten zusammen 31 Prozent der Stimmen und verwiesen die SPD (29,2 Prozent) auf den zweiten Platz. Geradezu als Wahlkampfenner erwies sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das die Union der sozialistischen Planwirtschaft entgegenstellte. Am 15. September 1949 wurde Konrad Adenauer mit der denkbar knappen Mehrheit von nur einer Stimme zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Nach der erfolgreichen Bundestagswahl 1949 und der Regierungsbildung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer konstituierte sich die CDU im Oktober 1950 auf Bundesebene. Der Gründungsparteitag fand vom 20. bis 22. Oktober 1950 in Goslar unter dem Motto „Einigkeit und Recht und Freiheit“ statt. Dort wurden die programmatischen Leitgedanken der CDU festgelegt: Bekenntnis zu Gesamtdeutschland, zu einer europäischen Gemeinschaft auf kulturellem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet, zum Recht auf Heimat und zur Sozialen Marktwirtschaft. Der Staat sollte in der Wirtschaftspolitik einen Ordnungsrahmen schaffen, der Willkür und Machtmissbrauch verhinderte, Freiheit und Wettbewerb ermöglichte und den sozialen Ausgleich förderte.

## **3. Die „Kanzlerpartei“**

In Goslar wurde Konrad Adenauer mit 302 von 335 Stimmen zum ersten Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt. Nunmehr fielen das Amt des Bundeskanzlers und des Bundesvorsitzenden in einer Person zusammen. Die „Kanzlerpartei“ war geboren.

Unter dem Vorsitz Konrad Adenauers (1950 – 1966) sowie unter Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger erreichten CDU und CSU glänzende Wahlergebnisse. Bei keiner Wahl seit 1953 kam sie auf weniger als 45 Prozent der Stimmen. Im Jahr 1957 erreichte sie zum einzigen Mal in ihrer Geschichte mit 50,2 Prozent die absolute Mehrheit der Stimmen.

Den CDU/CSU-geführten Bundesregierungen gelang es, die Bundesrepublik Deutschland als einen gleichberechtigten und geachteten Partner im Kreis der westlichen Demokratien zu etablieren, sowie Frieden und Freiheit dauerhaft zu sichern. Durch das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entwickelte sich die Bundesrepublik Deutschland nicht nur zu einem führenden Industrieland, es gelang auch der Aufbau eines allseits bewunderten Sozialstaats.

Durch die sich in den 60er und in den 70er Jahren beginnenden Änderungen der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse geriet die CDU jedoch in zunehmendem Maße unter Anpassungsdruck. Die bereits seit Ende der 50er Jahre geführten Diskussionen um eine Parteireform kamen nicht vom Fleck. Die christlich geprägten Normen und Wertvorstellungen in der Gesellschaft verloren durch die fortschreitende Säkularisierung ihre bisherige Verbindlichkeit. Die Partei sackte besonders in den Großstädten ab und musste in den Ländern empfindliche Einbußen hinnehmen. Die Union konnte nicht verhindern, dass die SPD für immer größere Schichten eine wählbare Alternative war – insbesondere für Jungwähler und Frauen, die sich aus den traditionellen Orientierungen an Familie und Kirche lösten. Darüber hinaus verdunkelte sich in der zweiten Jahreshälfte 1966 der Konjunkturhimmel, wodurch der Wohlstand gefährdet schien. Zudem drohte die Entspannungspolitik vitale deutsche Interessen zu berühren. Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag 1969 war der Hauptangriffspunkt die Ostpolitik der SPD. Insbesondere warnte die CDU vor der Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie, die die Teilung Deutschlands endgültig besiegeln würde.

Zwar konnte sich die CDU bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 mit einem Stimmenanteil von 46,1 Prozent deutlich behaupten. Dennoch blieb ihr der Gang in die Opposition nicht erspart: Die SPD hatte zwar nur 42,7 Prozent erhalten, bildete jedoch mit der FDP (5,8 Prozent) eine Koalition.

#### **4. Die CDU in der Opposition**

Der Verlust der Regierungsverantwortung verlieh den innerparteilichen Reformforderungen Nachdruck: Auf dem Mainzer Parteitag (17. bis 18. November 1969) wurde eine Reformkommission eingesetzt, die ihr Augenmerk insbesondere auf die jüngeren Wähler, die Großstadtbevölkerung, die Arbeitnehmerschaft und auf die in publizistischen Berufen Tätigen richten sollte. Hinzu kamen Forderungen nach mehr innerparteilicher Demokratie und dem Aufbau einer leistungsstarken Parteiorganisation. Vor diesem Hintergrund konstituierte sich die auf dem Mainzer Parteitag beschlossene Programmkommission am 20. Januar 1970 unter dem Vorsitz des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl.

Die Hauptlast der Opposition hatte nach dem Regierungswechsel jedoch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu tragen, so dass dem Fraktionsvorsitzenden eine Schlüsselrolle zuwuchs. Rainer Barzel konnte während der ersten Legislaturperiode in der Oppositionszeit seine führende Rolle ausbauen. Das ermöglichte ihm auf dem 19. Bundesparteitag in Saarbrücken (4. bis 5. Oktober 1971), Kurt-Georg Kiesinger im Bundesvorsitz der CDU nachzufolgen und sich gegen den zweiten Kandidaten, Helmut Kohl, durchzusetzen.

Als Folge der zunehmenden Unstimmigkeiten innerhalb der Regierungskoalition über die Frage der Wirtschafts- und Ostpolitik verlor die SPD/FDP-geführte Regierung zunehmend an Boden. Nachdem einige der FDP-Abgeordneten die Koalition verlassen hatten, unternahm die Unionsfraktion am 27. April 1972 den Versuch, Bundeskanzler Willy Brandt mit einem konstruktiven Misstrauensvotum nach Artikel 67 des Grundgesetzes (GG) abzulösen und Rainer Barzel zum Bundeskanzler zu wählen. Der Antrag scheiterte: Die Abstimmung im Bundestag ergab 247 Stimmen für Barzel. Damit fehlten ihm zu seiner

Wahl zwei Stimmen. Bis heute ist ungeklärt, in welchem Umfang Stimmenkauf bei der Abstimmung eine Rolle spielte. Einen Monat später, am 9. Mai 1973, trat Rainer Barzel als Fraktionsvorsitzender zurück, nachdem er am Abend zuvor eine Abstimmungsniederlage in der Fraktion hatte hinnehmen müssen. Sie war seinem Vorschlag, dem UNO-Beitritt der beiden Staaten zuzustimmen, nicht gefolgt. Mit der Wahl von Karl Carstens zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 17. Mai 1973 legte Rainer Barzel auch den Parteivorsitz nieder.

## **5. Moderne Volkspartei**

Der 21. Bundesparteitag in Bonn (11. bis 12. Juni 1973) wählte erwartungsgemäß den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl zum Bundesvorsitzenden. Helmut Kohl forderte in seiner programmatischen Parteitagsrede parteipolitische Solidarität und Engagement für die Themen, die den Menschen wichtig sind. Er erklärte auch die innere Organisation der Partei, die Belegung der Grundsatzdiskussion und die Vorbereitung der Wahlkämpfe zu Schwerpunkten. In diesem Kontext erfuhr das Konrad-Adenauer-Haus eine Aufwertung. Die Parteizentrale sollte zum Ideenpool für die Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Zukunft werden. Nicht zuletzt wurden am 23. Bundesparteitag in Mannheim (23. bis 25. Juni 1975) Satzungsänderungen beschlossen, die die Stellung der Bundespartei stärkten. Um den Erfordernissen eines modernen Wahlkampfes zu entsprechen und gleichzeitig den stetig anwachsenden Mitgliederstrom adäquat betreuen zu können, sollten spätestens bis zum Herbst 1976 in allen Kreisverbänden hauptamtliche Geschäftsführer tätig sein.

Am 19. Juni 1974 einigten sich die Präsidien von CDU und CSU auf Helmut Kohl als gemeinsamen Kanzlerkandidaten, der nach dem Rücktritt Willy Brandts (5. Mai 1974) als Herausforderer von Bundeskanzler Helmut Schmidt die Unionsparteien anführen sollte. Zwar erzielten CDU und CSU am 3. Oktober 1976 mit 48,6 Prozent das beste Ergebnis seit der Wahl von 1957, aber es fehlte ein Prozent zur Übernahme der Regierung. Die SPD hatte 42,6 Prozent erhalten und die FDP 7,9 Prozent. Auf dem 25. Bundesparteitag in Düsseldorf (7. bis 9. März 1977) wurde Helmut Kohl als Bundesvorsitzender bestätigt.

In den 70er Jahren wurde die Partei unter dem maßgeblichen Einfluss der beiden Generalsekretäre Kurt Biedenkopf (1973–1977) und Heiner Geißler (1977–1989) organisatorisch reformiert und programmatisch erneuert. Von 1969 bis 1981 erhöhte sich die Mitgliederzahl von 303.532 auf 705.115. Der Parteiapparat mit hauptamtlichen Mitarbeitern wurde ausgebaut.

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 trat für die Unionsparteien der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß als Kanzlerkandidat an. CDU und CSU erhielten 44,5 Prozent der Stimmen und verfehlten ihr Ziel, die Bundesregierung abzulösen. Helmut Kohl wurde nach der Bundestagswahl von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit großer Mehrheit zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Bereits zwei Jahre später hatten wachsende Arbeitslosigkeit, steigende Verschuldung und die SPD-internen Streitigkeiten über den NATO-Doppelbeschluss die Handlungsfähigkeit der Regierung zerstört. Schließlich zwang Helmut Schmidt am 17. September 1982 die

FDP-Minister durch Entlassungsdrohungen zum Rücktritt. Damit war die sozial-liberale Koalition nach dreizehn Jahren am Ende.

## **6. Wieder Regierungspartei**

CDU, CSU und FDP kamen nach den ersten Koalitionsgesprächen überein, Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Misstrauensvotum nach Artikel 67 GG zum neuen Bundeskanzler zu wählen: Für den CDU-Vorsitzenden stimmten 256 Abgeordnete von Union und FDP bei 235 Gegenstimmen und vier Enthaltungen. Die vorgezogene Neuwahl am 6. März 1983 besiegelte die „Koalition der Mitte“: Mit 48,8 Prozent erzielte die Union ihr zweitbestes Ergebnis seit 1949 und konnte so mit der FDP (sieben Prozent) eine stabile Regierung bilden.

Von 1983 bis 1989 ging es darum, die in der Oppositionszeit entwickelten innen-, außen- und sicherheitspolitischen Grundsätze in die Praxis umzusetzen. So wurde die Konsolidierung der Staatsfinanzen durch eine große Steuerreform durchgesetzt, die die Basis für einen wirtschaftlichen Aufschwung und mehr Arbeitsplätze war. Außenpolitisch wurden Zweifel am Kurs der Bundesrepublik Deutschland beseitigt und die Verlässlichkeit in der Westbindung unseres Landes wiederhergestellt. Mit ihrem auf dem 34. Bundesparteitag in Mainz (7. bis 8. Oktober 1986) beschlossenen „Zukunftsmanifest“ gab die CDU Impulse zur Diskussion über die politischen Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts. Dabei standen die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik für eine humanere Gestaltung der Gesellschaft und für eine lebenswerte Umwelt im Mittelpunkt.

Auf dem 33. Bundesparteitag in Essen (20. März 1985) setzte die CDU Akzente in der Frauenpolitik. Als wichtige Voraussetzung für die Gleichberechtigung der Geschlechter wurde die „Anerkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit in der Familie und der Arbeit im Beruf“ festgelegt. Während eine pragmatische, aber prinzipientreue Deutschlandpolitik Kennzeichen der Politik Helmut Kohls war, gehörten zu den außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten die Europäische Einigung sowie die Festigung der Nato und der transatlantischen Beziehungen.

Auf der Grundlage erfolgreicher Arbeit konnte die Koalition nach der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 fortgesetzt werden, da die Union 44,3 Prozent und die FDP 9,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

## **7. Die deutsche Einheit**

Mit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 brach auch ein neues Kapitel in der Geschichte der CDU an. Die Menschen in der damaligen DDR eröffneten mit ihrer friedlichen Revolution die historische Chance zur Überwindung der Teilung. In den folgenden Wochen und Monaten erkannte Bundeskanzler Helmut Kohl diese einmalige Chance: Im Einklang mit den ehemaligen Siegermächten USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich sowie allen europäischen Nachbarn verwirklichte die von ihm geführte Bundesregierung im weltpolitischen Umbruchjahr 1989/90 die staatliche

Einheit. Damit löste die Union die seit Konrad Adenauer konsequent vorgetragene Forderung nach der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit ein.

Dabei hatte die CDU in der Phase der sozial-liberalen Koalition wie auch in der Regierungsverantwortung seit 1982 ihre Prinzipientreue unter Beweis gestellt: Im Gegensatz zur SPD wollte sie die deutsche Frage offen halten. Dazu gehörten die Fortgeltung der einen deutschen Staatsangehörigkeit, die Nicht-Anerkennung der innerdeutschen Demarkationslinie als völkerrechtliche Grenze und damit einhergehend die Weigerung, zur DDR normale völkerrechtliche Beziehungen zu unterhalten.

Nach mehr als 40jähriger Trennung fand nunmehr auch die Partei wieder zusammen. Am 2. November 1989 musste der seit 1966 amtierende Vorsitzende der Ost-CDU, Gerald Götting, zurücktreten. Noch im selben Monat tilgte die Ost-CDU die Anerkennung der führenden Rolle der SED aus ihrer Satzung. Auf dem Sonderparteitag vom 15. bis 16. Dezember 1989 in Berlin bekannte sich die Ost-CDU zur Mitschuld an den Fehlentwicklungen in der DDR, vollzog die Abkehr vom Sozialismus, sprach sich für innerparteiliche und staatliche Demokratie, für die Soziale Marktwirtschaft und die Einheit der Nation aus. Lothar de Maizière, der zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde, suchte umgehend die Zusammenarbeit mit der CDU der Bundesrepublik Deutschland.

Sehr schnell war klar, dass ein breites Bündnis erforderlich war, um eine echte Wahlchance zu haben. Anfang Februar wurde das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ ins Leben gerufen: Es bestand aus der Ost-CDU, der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA). Das Ergebnis der ersten freien Volkskammerwahlen der DDR vom 18. März 1990 war überwältigend: Von den rund 48 Prozent der Stimmen für die „Allianz für Deutschland“ hatte die Ost-CDU allein 40,8 Prozent errungen. Damit war klar, wie der erste und letzte frei gewählte Ministerpräsident der DDR heißen würde: Lothar de Maizière. Die Sozialdemokraten erhielten enttäuschende 21,9 Prozent und auf die SED-Nachfolgepartei PDS entfielen 16,4 Prozent.

Am Vorabend der deutschen Vereinigung erklärten auf dem Hamburger Parteitag am 1./2. Oktober 1990 die ostdeutschen Landesverbände der CDU feierlich ihren Beitritt zur Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Damit ging der 38. Bundesparteitag nahtlos in den 1. gesamtdeutschen Parteitag über. Am 3. Oktober um 0 Uhr trat die DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bei. In dieser Nacht feierten Millionen Deutsche – vor dem Reichstag und auf den Plätzen im ganzen Land – begeistert die Vereinigung ihres Vaterlandes in Frieden und Freiheit.

Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember 1990 erhielt die CDU 43,8 Prozent der Stimmen, die FDP kam auf 11 Prozent, so dass die bisherige Koalition ihre Arbeit fortsetzen konnte.

## **8. Die CDU in den 90er Jahren**

Der positive Trend für die Unionsparteien setzte sich in den 90er Jahren zunächst nicht fort: Durch eine Reihe verlorener Landtagswahlen reduzierte sich der politische Gestaltungsspielraum der Union gegenüber der Bundesratsmehrheit der SPD-regierten Länder. Auch die Sorgen über die wirtschaftliche und soziale Situation nahmen zu. Die

Annahmen über die Wettbewerbsfähigkeit vieler ostdeutscher Betriebe und über ihre Exportchancen nach Osteuropa erwiesen sich als zu optimistisch. In den neuen Ländern stieg die Arbeitslosigkeit, im Westen mussten Steuern und Abgaben erhöht werden. Auch hier nahm die Arbeitslosigkeit zu.

Dennoch kamen bei der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 die Unionsparteien auf 41,5 Prozent der Stimmen bzw. 294 Sitze, davon zwölf Überhangmandate. Da die FDP 6,9 Prozent erzielte, konnte Helmut Kohl die bestehende Koalitionsregierung fortsetzen. Die Ergebnisse der Unionsparteien bei den Bundestagswahlen 1990 und 1994 wurden zu Recht als historisch einmalig bezeichnet: Noch nie zuvor hatte eine Partei in ganz Deutschland die 40-Prozent-Marke überschreiten können. Erneut hatte sich die Union als die gesamtdeutsche Volkspartei der politischen Mitte erwiesen.

Nach der Bundestagswahl 1994 wurde die Umsetzung der Regierungspolitik schwieriger. Die Reformvorhaben der Bundesregierung, wie etwa die geplante Steuerreform, wurden von der Mehrheit der SPD-regierten Länder im Bundesrat blockiert, wodurch sich der Eindruck von Stillstand und Reformstau bei der Bevölkerung verfestigte. Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag 1998 erhielten die Unionsparteien nur noch 35,1 Prozent der Stimmen. Einen Monat später, am 27. Oktober 1998, wurde der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) zum Kanzler einer rot-grünen Bundesregierung gewählt.

## **9. Die CDU seit 1998**

Mit seinem sofortigen Rücktritt vom Amt des CDU-Vorsitzenden ermöglichte Helmut Kohl der Partei einen schnellen Übergang. Bereits am 7. November 1998 auf dem 11. Bundesparteitag in Bonn wurde der langjährige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, zum sechsten Parteivorsitzenden gewählt. Auf seinen Vorschlag hin wurde Angela Merkel neue CDU-Generalsekretärin. Unter dieser Führung wendete sich das Blatt wieder zu Gunsten der Union: Während der Unmut über die katastrophale Regierungspolitik von Rot -Grün zunehmend größer wurde, glänzte die Union mit beträchtlichen Erfolgen bei nicht weniger als sieben Landtagswahlen, zwei Kommunalwahlen und der Europawahl 1999.

Besondere Akzente setzte die Parteiführung in der Familienpolitik mit dem Beschluss „Lust auf Familie, Lust auf Verantwortung“, der vom Bundesausschuss im Dezember 1999 verabschiedet wurde. Mit der Formulierung „Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen“ kam es zu einer Neudefinition des Familienbegriffs, der nun auch allein Erziehende oder nicht eheliche Partnerschaften einschloss. Auch Strukturreformen in der Partei kamen voran. Angela Merkel erkannte nicht nur die Bedeutung der Neuen Medien für die Kommunikation der Partei nach innen und außen. Auch machte sich die Generalsekretärin konsequent daran, die Modernisierung der CDU voranzutreiben, wie es die Erfurter Leitsätze „Aufbruch ‘99“ vorgegeben hatten.

Einen deutlichen Einbruch erfuhr die CDU im Zuge der Ende 1999 aufgedeckten „Finanzaffäre“ um Altkanzler Helmut Kohl: Die CDU durchlebte die tiefste Krise seit ihrer

Gründung. Die neue Parteiführung setzte alles daran, eine rasche und umfassende Aufklärung zu erreichen. Dennoch war der Vertrauensverlust für die CDU dramatisch.

Die sich überstürzenden Ereignisse führten dazu, dass Wolfgang Schäuble den Partei- und Fraktionsvorsitz abgab. Am 29. Februar 2000 wurde Friedrich Merz zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt.

## **10. Führungswechsel**

Auf dem 13. Bundesparteitag in Essen (9. bis 11. April 2000) wählten die Delegierten Angela Merkel mit nahezu 96 Prozent zur Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble. Damit wurde die Union erstmals in ihrer mehr als 50-jährigen Geschichte von einer Frau geführt. Neuer Generalsekretär wurde der Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz. Als Folge der Finanzaffäre beschloss der Parteitag in Essen umfassende Reformen der Finanz- und Beitragsordnung. Diese führten dazu, dass die CDU heute die transparenteste Finanzstruktur aller Parteien vorweisen kann. Am 20. November 2000 wurde Laurenz Meyer auf einem „Kleinen Parteitag“ zum Generalsekretär der CDU gewählt. In Stuttgart verabschiedete die CDU außerdem ein bildungspolitisches Programm, das neue Maßstäbe bei diesem Thema setzte.

Die programmatische Debatte in der CDU erlebte auf dem Dresdner Parteitag im Dezember 2001 einen Höhepunkt. Mit dem Beschluss „Freie Menschen: Starkes Land“ wurde der Grundstein für das Regierungsprogramm 2002–2006 gelegt. Im Januar 2002 verständigten sich CDU und CSU auf Vorschlag von Angela Merkel einvernehmlich darauf, mit dem CSU-Vorsitzenden, Edmund Stoiber, als gemeinsamem Kanzlerkandidaten in die Bundestagswahl 2002 zu gehen.

Angesichts der dramatischen Wirtschaftslage gelang es der Union mit ihrer Konzentration auf die Themen Wirtschaft und Arbeitslosigkeit ihre Kernkompetenz auf diesem Feld wieder zurück zu erobern und mit 38,5 Prozent den gleichen Stimmenanteil wie die SPD zu erreichen. Gleichwohl verfehlte die CDU ihr Ziel, die rot-grüne Regierungskoalition abzulösen.

## **11. Perspektiven für das 21. Jahrhundert**

Bereits zwei Tage nach der Bundestagswahl 2002, am 24. September 2002, wurde Angela Merkel auf der konstituierenden Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit 214 von 243 der abgegebenen Stimmen (88,1 %) zur Vorsitzenden gewählt. Mit Angela Merkel übernimmt zum ersten Mal eine Frau die Führung der gemeinsamen Fraktion beider Unionsparteien.

Auf dem bereits sechs Wochen nach der Bundestagswahl folgenden 16. Parteitag der CDU in Hannover wurde Angela Merkel mit 93,7 Prozent der abgegebenen Stimmen erneut zur CDU-Vorsitzenden gewählt. Auf dem Parteitag unterstrich Angela Merkel als eine Lehre aus der Bundestagswahl am 22. September 2002, dass sich die Union gezielt um diejenigen kümmern müsse, bei denen sie noch nicht die Mehrheit habe: die Menschen in den neuen

Bundesländern, die Frauen und die Großstädte. Angela Merkel betonte, dass sich die Partei weiter vom christlichen Ansatz ihrer Politik leiten lassen müsse. Denn das „C“ im Parteinamen sei heute so aktuell wie einst.

Zu den bleibenden Leitmotiven der kommenden Jahre zählte die wieder gewählte Vorsitzende das christliche Menschenbild, mehr Raum für Freiheit, Eigenverantwortung und Wettbewerb, den Vorrang der kleineren Einheit gegenüber kollektiven Lösungen und die feste Verankerung unseres Landes im westlichen Bündnis und in der Europäischen Union. Die Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft angesichts eines globalen Wettbewerbs und die Zukunft unserer Sicherheit angesichts neuer Bedrohungen – das sind die zentralen Projekte der CDU. Ehrliche und verlässliche Konzepte in diesen Kernfragen begründen den politischen Führungsanspruch der CDU zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Hier verbinden sich die Anfänge und die Zukunft unseres Landes und der CDU. Brücken zu bauen zwischen verschiedenen Einstellungen und Vorstellungen, zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, zwischen Freiheit und Gemeinschaft, zwischen Leistung und Sicherheit – das war und ist das Modell für den Erfolg des Landes und der CDU. Deshalb ist es kein Zufall, dass es bei fast allen wichtigen grundlegenden Weichenstellungen in der Geschichte unseres Landes die CDU war, die den Mut zur Richtungsentscheidung hatte. Auf diesen Mut können sich die Menschen auch heute verlassen.